



Inhalt

SCHWERPUNKT-THEMA: CSR in Europa

- Hirsch, MdEP: Soziale Verantwortung von Unternehmen - eine Pflicht?
- Mann, MdEP: CSR in Europa
- Kastler, MdEP: CSR bewegt Europa - nicht umgekehrt
- Leinen: EU Politik zur Förderung der sozialen Verantwortung
- Brossart: CSR in Europa
- Kusterer: Die Krux mit den Zahlen
- Lieser: Lieferkette, Transparenzpflicht und CSR
- Dürmeier: CSR - nur Lobbyismus oder auch lobenswert?
- Thannisch: Kommentar zu Offenlegungspflichten

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

- Entwicklungszusammenarbeit und Kommunen
- UNESCO zeichnet Dinslaken aus
- CIVICUS: Civil Society Report 2013
- European Day of Foundations and Donors

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

- EBI: Bildung raus aus Defizitberechnungen
- EBI für Medienpluralismus: Reloaded

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

- Europäische Freiwilligenhauptstadt 2014: Wettbewerb
- BBE im Faltblatt zum Bürgerjahr
- Newsletter: Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger

- Kampagnenmagazin »Engagement macht stark« erscheint

FACHDISKURS

- Zivilgesellschaft in der Türkei: TUSEV-Report 2012
- Betz: Der Geist vom Gezi-Park
- Mercator Stiftung: Forschungsprojekte über Türkei
- Zimmer (Hrsg.): Civil Societies Compared (Publikation)
- Hinweis

SCHWERPUNKT-THEMA: CSR in Europa

Hirsch, MdEP: Soziale Verantwortung von Unternehmen - eine Pflicht?

Nadja Hirsch, MdEP, 1. stellv. Vorsitzende im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, unterscheidet in ihrem Beitrag zwischen CSR und Corporate Citizenship. Letzteres umfasse Sponsoring, Spenden und Stiftungen und ist per se eine freiwillige Angelegenheit jenseits der eigenen Geschäftstätigkeit. Komplexer ist die Antwort auf die Frage nach Pflicht oder Freiwilligkeit bei CSR, da hier soziale Belange oder Belange des Umweltschutzes zum Beispiel in der Lieferkette berücksichtigt werden. Frau Hirsch stellt die Diskussionsverläufe im Europäischen Parlament dar. Im Ergebnis votiert sie auch hier für Freiwilligkeit, da CSR dann die Möglichkeit gibt, sich von anderen zu unterscheiden. Dies schafft Raum für Innovation, während staatliche Pflichtvorgaben nur zu einem Einheitsbrei führen würden. Zustimmend zitiert sie deshalb aus dem Grünbuch der Kommission: »CSR ist ein Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit einzubeziehen und die Wechselwirkung mit den Stakeholdern zu integrieren«.

Gastbeitrag von Nadja Hirsch, MdEP unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Hirsch_MdEP.pdf (143 kB)

nach oben

Mann, MdEP: CSR in Europa

Thomas Mann, MdEP, Vizepräsident im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, argumentiert für das Prinzip der Freiwilligkeit beim Thema CSR. Zwang, auch in Form einer verpflichtenden Berichterstattung, sieht er als kontraproduktiv an, weshalb sich das Europäische Parlament 2011 mit großer Mehrheit dagegen ausgesprochen hat. Trotz zwischenzeitlicher Irritationen seitens der Kommission gelte dieses Prinzip in Europa weiterhin: »Unternehmen ohne wohltätiges Engagement dürfen nicht bestraft werden. Jedoch müssen jene Unternehmen die sich gesellschaftlich engagieren und einen sozialen Mehrwert schaffen, gefördert werden.«

Gastbeitrag von Thomas Mann, MdEP unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Mann_MdEP.pdf (130 kB)

nach oben

Kastler, MdEP: CSR bewegt Europa - nicht umgekehrt

Martin Kastler, MdEP, sozialpolitischer Sprecher der CSU im Europäischen Parlament, spricht sich in seinem Gastbeitrag entschieden gegen den Richtlinienvorschlag der Kommission aus, gleichsam über die Hintertür CSR-Berichtspflichten vorzuschreiben. Die Wahrnehmung sozialer Verantwortung in Unternehmen entlang von Lieferketten oder von Unternehmen und Unternehmern in Verbindung mit bürgerschaftlichem Engagement in ihrem Umfeld waren und sind eine freiwillige Angelegenheit. Kastler verweist, jenseits des heutigen Markenzeichens CSR, etwa auf die Tradition des »Ehrbaren Kaufmanns«. Für das politische Europa sieht er drei Aufgaben: Europa muss fördern, muss vermitteln und sollte zuhören und lernen, denn: »Freiwilliges Engagement braucht die Politik nicht als Regulierer - sondern als Unterstützer.«

Gastbeitrag von Martin Kastler, MdEP unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Kastler_MdEP.pdf (139 kB)

nach oben

Leinen: EU Politik zur Förderung der sozialen Verantwortung

Im Mittelpunkt der Überlegungen von Jo Leinen, MdEP, stehen die globalen Unternehmen mit multinationalen Lieferketten. Wie kann man erreichen, dass sie sich in ähnlicher Weise verantwortlich zeigen, wie es seit jeher regional gebundene Unternehmer und Unternehmen in lokalen und regionalen Kontexten getan haben und tun? Er unterstützt die vom Parlament und der Kommission verfolgte Belohnungspolitik für Unternehmen, die sich verantwortlich für Gesellschaft und Umwelt zeigen. Deshalb findet er die Ende Juni 2013 erzielte Einigung zwischen Kommission und Parlament zum Vergaberecht besonders wichtig: »Diese neuen Regelungen werden es den Verwaltungen erlauben, bei der Vergabe von Aufträgen neben dem Preis und der Qualität auch andere Kriterien, zum Beispiel den Umweltschutz und den Arbeitnehmerschutz, heranzuziehen und verantwortungsvolles Unternehmertum somit direkt zu belohnen.« Bei dem Gastbeitrag handelt es sich um einen Vorabdruck aus dem Magazin »Engagement macht stark« der Woche des bürgerschaftlichen Engagements.

Gastbeitrag von Jo Leinen, MdEP unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Leinen_MdEP.pdf (84 kB)

nach oben

Brossart: CSR in Europa

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. sowie der bayerischen Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbände, kritisiert in seinem Gastbeitrag den geplanten „top-down“-Ansatz der EU im CSR-

Bereich. Dieser zwingt die Unternehmen in ein regulatorisches Korsett und schränkt die Vielfalt und Kreativität von CSR ein, weil die Bedürfnisse der Stakeholder nicht berücksichtigt würden. Freiwilligkeit muss das Kernelement von CSR bleiben, gerade auch, weil die eigentliche Aufgabe der Unternehmen in ihrem jeweiligen, erfolgreich betriebenen Kerngeschäft liegt: »Gesellschaftliches Engagement darf sich nicht zu einem Nebengeschäft entwickeln, das die Ausübung des Kerngeschäfts beeinträchtigt.«

Gastbeitrag von Bertram Brossardt unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Brossardt.pdf (273 kB)

nach oben

Kusterer: Die Krux mit den Zahlen

Peter Kusterer, IBM Deutschland, Bereich Corporate Citizenship & Corporate Affairs, stellt in den Mittelpunkt seines Gastbeitrages die Konkurrenz von Verantwortung und um knappe Zeit. Von außen vorgegebene Regeln führen zu Messsystemen, in deren Mittelpunkt die Rechtfertigung und nicht das Lernen steht. Schon deshalb überzeugt ihn die Transparenzinitiative der Kommission nicht. Hinzu kommt, dass die vermeintliche Beschränkung auf Großunternehmen am Mittelstand keineswegs vorbei geht, weil diese als Zulieferer dann auch entsprechende Zahlen mitliefern müssen. Zugleich geht sie an der Vielfalt der Unternehmen in Europa vorbei, die deren Stärke ausmacht: »Die Vielfalt aber zu ertragen, sie nicht als Problem, sondern als Chance zu sehen, erfordert Verantwortung.«

Gastbeitrag von Peter Kusterer unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Kusterer.pdf (153 kB)

nach oben

Lieser: Lieferkette, Transparenzpflicht und CSR

Marion Lieser, Geschäftsführerin von Oxfam Deutschland, plädiert in ihrem Gastbeitrag für Transparenzverpflichtungen, um verantwortliches Handeln von Unternehmen im Rahmen der internationalen Lieferketten herzustellen. Sie sieht die freiwilligen Unternehmensinitiativen und ihre Maßnahmen als gescheitert an: So waren zwei der Fabriken im abgebrannten Gebäude Rana Plaza in Dhaka Gegenstand solcher freiwilligen Maßnahmen. Mehr noch gelte dies für die alltäglichen Menschenrechtsverstöße auf Bananen- und Mangopflanzungen und anderswo in den Lieferketten: »Die Liste von Beispielen für das Versagen freiwilliger Initiativen ließe sich beliebig fortführen.« Sie befürwortet die Initiative der Kommission für eine Transparenzpflicht, die im Namen der Freiwilligkeit insbesondere von der Bundesregierung und Organisationen der deutschen Wirtschaft abgelehnt wird.

Gastbeitrag von Marion Lieser unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Lieser.pdf (141 kB)

nach oben

Dürmeier: CSR - nur Lobbyismus oder auch lobenswert?

Dr. Thomas Dürmeier, Campaigner und Volkswirt bei LobbyControl, spricht sich für eine kritische Begleitung von CSR-Aktivitäten aus. Der Autor promovierte über die »Politische Macht von Unternehmen«. In seinem Beitrag analysiert er CSR unter den Aspekten der Reputationserschleichung (greenwash, bluewash) und der verdeckten Einflussnahme, gegen die sich LobbyControl und europaweite Netzwerke, wie etwa das Corporate Accountability-Netzwerk CorA, wenden. Er skizziert die Auseinandersetzungen um Einflussnahme und Lobbyismus auf EU-Ebene und auf Bundesebene sowie die zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Analysen, die dagegen arbeiten. CSR-Praxis wie die der Bundesregierung hält er unter den aktuellen Rahmenbedingungen für unseriös: »Bisher mündet die Verantwortung der Unternehmen oft nur darin, dass weitergehende Gesetze für Menschenrechtsschutz, demokratischen Lobbyismus oder Schutz der Natur behindert oder abgebaut werden.«

Gastbeitrag von Dr. Thomas Dürmeier unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Duermeier.pdf (183 kB)

nach oben

Thannisch: Kommentar zu Offenlegungspflichten

Rainald Thannisch, politischer Referent in der Abteilung Mitbestimmungspolitik im DGB Bundesvorstand, kommentiert in seinem Gastbeitrag »Offenlegung von nicht-finanziellen Informationen durch Unternehmen« den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom 16. April 2013 zu den Offenlegungspflichten großer Kapitalgesellschaften mit mehr als 500 Mitarbeitern und einer Bilanzsumme von entweder mehr als 20 Millionen Euro oder einem Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen Euro. Aus der Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird dies als ein erster Schritt in die richtige Richtung begrüßt, um einen echten Fortschritt in der CSR-Politik zu erreichen, denn: »Allgemein zugängliche und vergleichbare Informationen sind eine ganz wesentliche Voraussetzung für die kritische Begleitung der Unternehmenspolitik durch Verbraucher, AN, Gewerkschaften und NGOs.« Der Kommentar ist zuerst in der Ausgabe 7-8/2013 der Zeitschrift »Arbeit und Recht«, S. 277 erschienen. Wir danken für die Veröffentlichungsgenehmigung.

Gastbeitrag von Rainald Thannisch unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_Gastbeitrag_Thannisch.pdf (154 kB)

nach oben

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

Entwicklungszusammenarbeit und Kommunen

Der EU-Rat »Auswärtige Angelegenheiten« hat sich bei seiner Tagung am 22. Juli 2013 in Brüssel unter anderem mit der Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit befasst. Die EU-AußenministerInnen sehen in den Kommunen wichtige Akteure beim Kampf gegen Armut, bei der Förderung von Menschen-

rechten, Demokratie und guter Regierungsführung sowie bei dem Bemühen um eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene in den Partnerländern. Die EU-Mitteilung »Stärkung der Gestaltungsmacht der lokalen Behörden in den Partnerländern mit Blick auf eine verbesserte Regierungsführung und wirksamere Entwicklungsergebnisse« vom 15. Mai 2013 bezieht die zivilgesellschaftliche Dimension in Punkt 1 der Schlussfolgerungen ein: »Alongside central governments and in partnership with civil society organisations, local authorities at different levels play an important role in the provision of basic services, supporting inclusive growth, and increased social cohesion.«

Schlussfolgerungen unter

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/138243.pdf

nach oben

UNESCO zeichnet Dinslaken aus

Netzwerkarbeit lohnt sich und bringt noch mehr Arbeit mit sich: Die deutsche UNESCO-Kommission hat Dinslaken für 2013/2014 zur offiziellen Kommune der Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE) gemacht. Der erste Ratsbeschluss zur Einrichtung der Lokalen Agenda 21 Dinslaken geht auf das Jahr 1999 zurück. Zuletzt wurde am 19. März 2013 die Leitbildfunktion von BNE bekräftigt. Die Stadt ist u.a. Mitglied in den Netzwerken »Hauptstadt des Fairen Handels« und »Faire Metropole Ruhr«, Teil der Kampagne »Fairtrade Towns« sowie mit zwölf Bildungsstätten in der Kampagne »Schule der Zukunft« vertreten. Der Bürgermeister von Dinslaken, Dr. Michael Heidinger, sieht in der Auszeichnung »vor allem eine Belohnung für die vielen haupt- und ehrenamtlichen Akteure in der Stadt«.

Weitere Informationen unter <http://www.bne-portal.de/engagement/ausgezeichnete-kommunen/dekade-kommunen/stadt-dinslaken/>

nach oben

CIVICUS: Civil Society Report 2013

CIVICUS - World Alliance for Citizen Participation hat ihren Bericht zur Lage der Zivilgesellschaft in der Welt für 2012 vorgelegt, versehen mit Vorworten von Cathy Ashton und Jay Naidoo. Zentrale Befunde sind, dass 57 Prozent der Weltbevölkerung ohne Grundrechte und politische Freiheiten leben. Ebenso zeigt sich in fragilen, konflikthaften Regionen, dass zivilgesellschaftliche Akteure zum bewusst gewählten Ziel bewaffneter Gruppen geworden sind. Desweiteren ist eine zunehmende Umsiedlung einheimischer Bevölkerungen erkennbar, die den Geschäftsinteressen großer Unternehmen und Agrarindustrialbetrieben weichen müssen. Der Bericht konstatiert eine Marginalisierung zivilgesellschaftlicher Anliegen in den Diskussionen um eine Weltagenda Post-2015 und anderer globaler Fragen gegenüber einer enger gewordenen Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft. In seinem Vorwort hält Jay Naidoo fest: »I learnt that those in power only respected us when we had power.«

Kurz- und Langfassung des Berichts unter http://socs.civicus.org/?page_id=4289

European Day of Foundations and Donors

Am 1. Oktober 2013 findet zum ersten Mal der »European Day of Foundations and Donors« statt, organisiert und koordiniert vom Donors and Foundations Networks in Europe (DAFNE). Ziel dieses Tages ist es, das Stiftungswesen in Europa sichtbar zu machen und für die Idee des Stiftens zu werben. Die 26 nationalen Stiftungsnetzwerke und -verbände, die in DAFNE zusammengeschlossen sind, organisieren diesen Tag jeweils entsprechend den Gegebenheiten in ihren Ländern. In Deutschland findet er als »Tag der Stiftungen«, organisiert vom Bundesverband Deutscher Stiftungen, statt. Stiftungen, die mit einer eigenen Veranstaltung mitmachen wollen, können sich online in einer entsprechenden Datenbank eintragen.

Weitere Informationen unter <http://www.tag-der-stiftungen.de/de/tag-der-stiftungen/tag-der-stiftungen.html>

nach oben

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

EBI: Bildung raus aus Defizitberechnungen

Am 6. August 2013 wurde eine neue Europäische Bürgerinitiative (EBI) mit der Nummer ECI(2013)000006 registriert: »Do not count education spending as part of the deficit! Education is an investment!« Diese EBI möchte erreichen, dass aus den Defizitberechnungen der EU-Mitgliedsstaaten jener Anteil an Bildungsausgaben herausgerechnet wird, der unterhalb des EU-Durchschnitts der letzten 5 Jahre liegt. Ziel ist es zu verhindern, dass an Bildung gespart werden muss, um Defizitkriterien zu erfüllen. Dadurch soll in ganz Europa ein vernünftiger Grundlevel an Bildungschancen gewahrt bleiben. Die EBI steht ganz am Anfang, eine eigene Webseite ist noch nicht nachgewiesen.

Weitere Informationen unter <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing/details/2013/000006/en>

nach oben

EBI für Medienpluralismus: Reloaded

Die ursprünglich am 5. Oktober 2012 registrierte »Europäische Bürgerinitiative für Medienpluralismus« (EBI) wurde am 20. August 2013 als nicht mehr aktuell deklariert und zugleich am 19. August 2013 mit der Nummer ECI(2013)000007 neu gestartet, so dass die Sammelfrist jetzt am 19. August 2014 abläuft. Da es im ersten Jahr der EBI eine Reihe von Problemen technischer und organisatorischer Natur gab, nicht zuletzt mit Online-Sammelsystemen, waren schon einzelne andere EBI neu gestartet worden.

Weitere Informationen unter <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing/details/2013/000007>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

Europäische Freiwilligenhauptstadt 2014: Wettbewerb

Das Europäische Freiwilligenzentrum »European Volunteer Centre« (CEV) sucht die Europäische Freiwilligenhauptstadt 2014. Städte und Gemeinden in ganz Europa können ihre Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und ihre Kooperationsstrukturen mit lokalen Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung einreichen. Die Jury orientiert sich bei ihrer Entscheidung an der veröffentlichten Handreichung »Policy Agenda for Volunteering in Europe (P.A.V.E.)«. Am Internationalen Tag des Ehrenamts am 5. Dezember 2013 werden die Gewinner bekannt gegeben. Bewerbungsschluss ist der 1. Oktober 2013.

Weitere Informationen unter <http://www.cev.be/european-volunteering-capital/>

nach oben

BBE im Faltblatt zum Bürgerjahr

Über die Ziele und Aufgaben des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftlichen Engagement (BBE) und seiner europäischen Partnern kann man jetzt im Faltblatt nachlesen, das die Kontaktstelle für die Zivilgesellschaft im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger erstellt hat. Im Faltblatt sind die wichtigsten Informationen zum Bürgerjahr kompakt zusammengefasst. Es besteht die Möglichkeit einer Bestellung direkt bei der Kontaktstelle: [eyc2013\(at\)netzwerk-ebd.de](mailto:eyc2013(at)netzwerk-ebd.de). Die Kontaktstelle für die Zivilgesellschaft in Deutschland für das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger wird von der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) als dem institutionellen Partner des in Deutschland für das Bürgerjahr federführenden Ministeriums Auswärtiges Amt betreut.

Faltblatt zum Bürgerjahr unter http://www.netzwerk-ebd.de/fileadmin/files_ebd/PDF-Dateien/Folder-Europajahr.pdf

nach oben

Newsletter: Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger

Als institutioneller Partner des in Deutschland für das Bürgerjahr federführenden Ministeriums Auswärtiges Amt ist die Europäische Bewegung Deutschland die Kontaktstelle für die Zivilgesellschaft in Deutschland für das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger. Die Kontaktstelle gibt regelmäßig einen Newsletter heraus, in dem sie über die thematischen Schwerpunkte des Jahres in Deutschland und Europa informiert. Jede Ausgabe widmet sich einem Instrument der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene. Feste Rubriken bilden daneben laufende Konsultationsverfahren und Veranstaltungstermine mit Bezug zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013.

Aktueller Newsletter unter <http://www.netzwerk-ebd.de/index.php?id=20624>

Newsletter Europäisches Jahr 2013 abonnieren unter <http://www.netzwerk-ebd.de/?id=20330>

Kampagnenmagazin »Engagement macht stark« erscheint

Am 10. September 2013 wird die neue Print-Publikation »engagement macht stark!« (2_2013) des BBE erscheinen - das Kampagnenmagazin zur 9. »Woche des bürgerschaftlichen Engagements«, das sich von einem eher werbenden zu einem Diskursmedium entwickelt hat. Auch diesmal wird das zweimal im Jahr erscheinende Magazin die Zielsetzung des BBE in die kommunikative Praxis übertragen, die Kompetenzen des Netzwerkes darstellen und die engagementpolitischen Diskurse thematisch fokussiert abbilden. Die neue, bereits fünfte Ausgabe befasst sich mit den föderalen Strukturen und ihrer Bedeutung für die Engagementpolitik und -praxis: Neben einer ausführlichen Darstellung der Situation in Rheinland-Pfalz werden auch die Engagementpolitik und -praxis in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Thüringen, Brandenburg und Hamburg dargestellt. Bundesministerin Dr. Kristina Schröder erläutert die Nationale Engagementstrategie des Bundes. Zudem wird die Trisektoralität, die der Netzwerk-Struktur des BBE zugrunde liegt, im kritischen Diskurs reflektiert.

Inhaltsverzeichnis etc. unter http://www.b-be.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/ENL7_engagement_macht_stark.pdf (308 kB)

nach oben

FACHDISKURS

Zivilgesellschaft in der Türkei: TUSEV-Report 2012

Im August 2013 ist der »Civil Society Monitoring Report 2012« der Third Sector Foundation of Turkey (TUSEV) erschienen. TUSEV wurde 1993 von zivilgesellschaftlichen Organisationen der Türkei gegründet. Es arbeitet an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen, wirbt für strategische Philanthropie, unterstützt trisektorale Netzwerkarbeit sowie die internationale Vernetzung und führt Forschungsprojekte durch. Im Civil Society Monitoring Report 2012 werden Stand und Entwicklungstrends der Zivilgesellschaft in der Türkei erhoben. Der Bericht steht als pdf kostenlos zur Verfügung.

Bericht unter http://www.tusev.org.tr/usfiles/files/SivillzlemeENG_15_08_13.pdf

nach oben

Betz: Der Geist vom Gezi-Park

Auslöser der Protestwelle im Frühjahr 2013 in der Türkei waren die Baupläne eines Einkaufszentrums auf der Fläche des Istanbuler Gezi-Parks. Gregor Betz, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie der TU Dortmund, analysiert im Beitrag »Der Geist vom Gezi-Park - Konfliktlinien der modernen türkischen Gesellschaft und der »türkische Sommer««, welche Konfliktlinien der modernen türkischen Gesellschaft hier tatsächlich zum Ausbruch kamen. Was bedeutet es, dass sich die diversen Oppositionsströmungen (nationalistisch-laizistische Kemalisten, Aleviten und andere religiöse Minderheiten etc.) und die posttraditional-emanzipierte, bisher weitgehend apolitische junge Gene-

ration im Protest vereinten? Der Beitrag ist als online-Supplement der Zeitschrift *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* zu Heft 2/2013 erschienen und kann als pdf-Download kostenlos bezogen werden.

Beitrag unter <http://www.forschungsjournal.de/node/1993>

nach oben

Mercator Stiftung: Forschungsprojekte über Türkei

Das Bild einer erstarkten türkischen Zivilgesellschaft und die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Türkei sind zwar durchaus in Deutschland präsent. Gleichwohl ist die Wahrnehmung des Landes in der deutschen Öffentlichkeit oft wenig kenntnisreich. Deshalb hat sich die Stiftung Mercator zum Ziel gesetzt, ein zeitgemäßes Bild der Türkei zu fördern. Ab 1. Januar 2014 fördert sie für drei Jahre mit insgesamt 1,5 Millionen Euro fünf Forschungsprojekte. Aus 39 Anträgen wurden fünf interdisziplinäre Ansätze ausgewählt. Das Spektrum der geförderten Projekte reicht von »Frauenbewegungen im innertürkischen Vergleich« über »Frühe Kindheit, Entwicklung und Erziehung aus Sicht von Eltern in und aus der Türkei« bis hin zur »Verfassungspolitik in der Türkei«. Eine Koordinierungsstelle an einer der teilnehmenden Universitäten soll den Austausch zwischen den Forschungsprojekten koordinieren.

Pressemitteilung unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/Pressemitteilung_Stiftung_Mercator.pdf (169 kB)

nach oben

Zimmer (Hrsg.): Civil Societies Compared (Publikation)

Betrachtet aus der vergleichenden Perspektive stellen Deutschland und die Niederlande zwei sehr ähnliche Fälle dar (»two most similar cases«): Beide Länder sind demokratisch und verfügen über eine funktionierende Marktwirtschaft und über eine liberale pluralistische Gesellschaft. Zugleich basieren aber die Gesellschaften sowie die ökonomischen Strukturen beider Länder auf unterschiedlichen Traditionen. Auch die Wege zur Moderne waren divergent: Während die Niederlande als ein durch den Pragmatismus geprägtes Land ohne große Rückschläge den Weg zur Demokratisierung fand, war die Geschichte von Deutschland durch Militarismus, Nationalsozialismus und sowjetischen Sozialismus geprägt. Das Konzept der Zivilgesellschaft dient als zentraler Bezugspunkt für einen Vergleich der Nachbarländer. Der von Prof. Dr. Annette Zimmer, Professorin für Sozialpolitik und Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Münster, herausgegebene Band »Civil Societies Compared: Germany and the Netherlands. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft 2013«, gibt einen Überblick über die »art of comparing« aus der politikwissenschaftlichen sowie historischen Perspektive und befasst sich mit der historischen Entwicklung und Einbettung der Zivilgesellschaft in jedem Land. Dabei werden Umfang, Struktur und Besonderheiten der deutschen und niederländischen zivilgesellschaftlichen Sektoren zum Thema. Im dritten Teil gehen die Autoren der Frage nach, wie die Nachbarländer mit den Herausforderungen und Änderungen umgehen, mit denen sie infolge der gesellschaftlichen und ökonomischen Globalisierung konfrontiert sind.

Publikation bestellen unter <http://www.nomos-shop.de/Zimmer-Civil-Societies-Compared-Germany-Netherlands/productview.aspx?product=14700>

nach oben

Hinweis

Redaktionsschluss für den nächsten Newsletter ist der 20. September 2013. Bitte schicken Sie Ihre Informationen an E-Mail: europa-bbe@b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im Europa-Newsletter finden Sie im [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Nino Kavelashvili M. A.

Dieser Newsletter wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

V.i.S.d.P.: Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

Hinweis

Gefördert vom:

